

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

23.09.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann**
Sitzung am Donnerstag, 27.03.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:00 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 04.02.2014 - öffentlicher Teil**
0146/2014
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6** **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7** **Präsentation der Arbeit des Seniorenbüros Bergisch Gladbach**
0003/2014
- 8** **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Einzelhandelskonzept Stadt Remscheid und zur Verträglichkeitsanalyse Designer-Outlet-Center in Remscheid**
0114/2014
- 9** **Masterplan Grün 3.0 - Ein informeller Qualitätskompass für die Metropolregion Köln/Bonn**
0614/2013
- 10** **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe**
Bericht über die Mittelverwendung 2013
0086/2014
- 11** **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe**
Erstattung von Personal- und Sachkosten aus dem Härtefallfonds für den Deutschen Kundensichtbund
0087/2014
- 12** **Jahresbericht 2013 der GL Service gGmbH**
0145/2014
- 13** **Umsetzung des "Aktionsplans Inklusion": Maßnahmen im Jahr 2014**
0084/2014
- 14** **Beschäftigte mit Behinderung in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**
0085/2014
- 15** **Anträge der Fraktionen**
- 16** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt den sachkundigen Bürger und neues stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion, Herrn Michael Schubek, führt ihn unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 04.02.2014 - öffentlicher Teil 0146/2014

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey informiert, ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema „Weibliche Genitalbeschneidung“ werde auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung genommen. Herr Mumdey führt zu den Gründen aus.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Es liegen keine Informationen vor.

7. **Präsentation der Arbeit des Seniorenbüros Bergisch Gladbach**
0003/2014

Herr Kuhlen stellt Frau Cichy-Betten und Herrn Aden vor, die im Seniorenbüro für die Bereiche Wohnraumberatung bzw. Pflegeberatung zuständig sind.

Gemeinsam präsentieren sie die Arbeit des Seniorenbüros Bergisch Gladbach auf der Grundlage der vollständig als *Anlage* beigefügten Präsentation.

Herr Kuhlen weist darauf hin, dass die von Herrn Dr. Bernhauser in der Sitzung des ASSG am 21.11.2013 angeregte Vorstellung der Pflegeberatung am Besten als Teil des gesamten Beratungskomplexes des Seniorenbüros umzusetzen sei, mit besonderer Betonung der absolvierten Pflege- und Wohnraumberatung im Jahr 2013.

Frau Cichy-Betten weist insbesondere auf die Broschüre „Wohnen im Alter“ hin, die allen Ausschussmitgliedern zusammen mit weiterem Informationsmaterial vorgelegt wurde. Sie gibt einen Überblick über die Voraussetzungen zum Erhalt einer Seniorenwohnung, über Finanzierung, Anbieter mit und ohne Service, Seniorenheime usw. Frau Cichy-Betten macht darauf aufmerksam, dass der Broschüre freiwillige Meldungen der Einrichtungen auf Anfrage des Seniorenbüros zugrunde liegen und die Broschüre deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe.

Zum Bereich der 5 Seniorenbegegnungsstätten sowie der Seniorenclubs in 14 Stadtteilen weist Herr Kuhlen zusätzlich auf die Präsentation „Bericht zur Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten“ in der ASSG-Sitzung am 21.11.2013 hin.

Des Weiteren informieren Herr Kuhlen und Frau Cichy-Betten über die Aufgabe als Geschäftsstelle des Seniorenbeirats sowie über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Netzwerke des Seniorenbüros.

Herr Aden stellt die statistischen Daten zur Pflegeberatung der Jahre 2012 und 2013 vor.

Herr Kuhlen führt abschließend zur Finanzierung der Arbeit des Seniorenbüros aus.

Auf Nachfrage von Frau Münzer berichtet Frau Cichy-Betten, es gebe in Bergisch Gladbach noch keine Alters-WGs, jedoch Menschen, die sich mit diesem Ziel und ihren Ideen zusammenfänden. Frau Münzer fragt, wie groß der Beratungsbedarf bei ausländischen Mitbürgern und -bürgerinnen sei. Herr Aden berichtet, es komme im Rahmen der für das Kreissozialamt durchgeführten Hausbesuche zu Kontakten in der Pflegeberatung.

Herr Dr. Bernhauser dankt für den informativen Bericht. Er berichtet aus seiner Kenntnis über die Schwierigkeit für Angehörige von Demenzerkrankten, eine rechtliche Betreuung zu organisieren. Er fragt, ob es eine Unterstützung im Rahmen der Seniorenberatung gebe. Herr Kuhlen hebt diesbezüglich die intensive Kooperation zwischen Seniorenbüro und Betreuungsstelle hervor.

Im Hinblick auf die Mobilität älterer Menschen weist Herr Dr. Bernhauser darauf hin, dass nach dem neuen Fahrplan alle Buslinien zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg und zurück über den Lerbacher Weg und das Kreishaus Am Rübezahwald führten, womit die direkte Verbindung über die Bensberger Straße gekappt sei. Der dort an der früheren Haltestelle Heidkamp, Kirche gelegene Supermarkt sei deshalb für Menschen mit Gehbehinderung, die bisher die alte Busverbindung nutzten, nur noch schwer zu erreichen. Darüber hinaus macht Herr Dr. Bernhauser auf die Schwierigkeit aufmerksam, die im Bereich Ecke Hauptstraße/Poststraße gelegenen Arztpraxen zu erreichen, da man dort weder mit dem privaten Pkw noch mit dem Taxi vorfahren könne. Ähnliche Park- und Halteprobleme gebe es, insbesondere für Menschen mit Gehbehinderung, auch am S-Bahnhof Bergisch Gladbach.

Herr Kuhlen führt aus, Fragen dieser Art fielen nach seiner Auffassung in den Zuständigkeitsbereich des Seniorenbeirates. Im Seniorenbüro ankommende Anfragen würden gebündelt an den Seniorenbeirat als politisches Gremium gegeben, mit dem eine enge Vernetzung bestehe. Frau Cichy-Betten ergänzt, das Seniorenbüro arbeite auch mit der Behindertenbeauftragten zusammen. Zu den von Herr Dr. Bernhauser angesprochenen Fragen werde demnächst eine Stadtbegehung stattfinden. Auch der Arbeitskreis Inklusion beschäftige sich mit dieser Problematik, die nicht nur für ältere Bürger und Bürgerinnen, sondern für alle Menschen mit Handicap bestehe.

Auf Nachfrage von Herrn Dresbach berichtet Frau Cichy-Betten, „Betreutes Wohnen“ bzw. „Wohnen mit Service“ seien keine geschützten Begriffe. Es sei wichtig, die angebotenen Serviceleistungen hinsichtlich Art und Umfang zu vergleichen.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs, ob die Personalkapazität angesichts des demografiebedingt wachsenden Beratungsbedarfs für die nächsten Jahre ausreiche, berichtet Herr Aden, der Stundenumfang für die Beratung der einzelnen Fälle sei sehr unterschiedlich und liege in einem Rahmen zwischen drei Stunden und 20, 30 und mehr Stunden.

Frau Cichy-Betten ergänzt, der Umfang der einzelnen Beratungen werde komplexer sowie durch die demografische Entwicklung auch die Anzahl an Ratsuchenden größer.

Herr Kuhlen macht auf die offene Sprechstunde aufmerksam, die außer dienstags jeden Werktag von 9.00 bis 12.00 Uhr kompetent besetzt sei. Die dort geäußerten Anfragen beinhalteten neben einfachen Themen auch sehr komplexe Fallkonstellationen, die intensiv im Rahmen von Casemanagement bearbeitet werden müssten.

Herr Kühl berichtet, nach seinem Eindruck aufgrund persönlicher Fallschilderungen sei die Sozialberatung in manchen Krankenhäusern nicht wirklich umfassend, was längerfristige Lösungen angehe. Herr Kühl schlägt vor, die Sozialberatungsstellen in den Krankenhäusern darum zu bitten, verstärkt auf die Möglichkeit der städtischen Seniorenberatung hinzuweisen.

Herr Aden berichtet von einer guten Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst der Krankenhäuser, aufgrund derer es häufig zu Beratungen u.a. bezüglich häuslicher Pflege komme.

Frau Cichy-Betten ergänzt, die Überleitung von der Erstversorgung im Krankenhaus in die Weiterversorgung über das Seniorenbüro sei bedarfsabhängig mit den Krankenhäusern abgesprochen und funktioniere in der Regel gut. Grundsätzlich habe das Seniorenbüro auf die Umsetzung aber keinen Einfluss.

Frau Holtzmann bedankt sich bei Herrn Kuhlen, Frau Cichy-Betten und Herrn Aden für die umfangreichen Informationen.

8. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Einzelhandelskonzept Stadt Remscheid und zur Verträglichkeitsanalyse Designer-Outlet-Center in Remscheid
0114/2014

Die Vorsitzende begrüßt Frau Feldmann, die für Fragen zur Vorlage zur Verfügung steht.

Herr Dr. Bernhauser bittet darum, die Beschlussvorlage in eine Mitteilungsvorlage abzuändern, weil die Stellungnahme bereits am 24.02.2014 versandt worden sei. Nachträglich wolle er die Stellungnahme nicht mehr beschließen, obwohl er mit dem Inhalt einverstanden sei.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Stellungnahme so zur Kenntnis zu nehmen und dies beschließen.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass nach seiner Auffassung wegen des förmlichen Verfahrens ein Beschluss zu fassen sei. Inhaltlich seien offenbar lediglich Beeinträchtigungen im Verkaufssegment Sportartikel zu sehen. Er bittet Frau Feldmann um Bestätigung.

Frau Feldmann antwortet, es handele sich tatsächlich um einen formellen Schritt. Die Stadtverwaltung sei von der Stadt Remscheid um Stellungnahme gebeten worden. Es sei deshalb richtig, heute zu beschließen. Es sei aus Fristgründen notwendig gewesen, die Stellungnahme vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses abzuschicken.

Frau Feldmann führt weiter aus, es sei zutreffend, dass die Sortimentsgruppe Sportartikel in der angedachten Größenordnung problematisch werde.

Herr Waldschmidt verweist auf die Möglichkeit, eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, die in diesem Fall aus seiner Sicht der richtige Weg gewesen wäre.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss nimmt die am 24.02.2014 fristgerecht vorausgeschickte Stellungnahme zustimmend zur Kenntnis.

9. **Masterplan Grün 3.0 - Ein informeller Qualitätskompass für die Metropolregion Köln/Bonn**
0614/2013

Frau Schundau bezieht sich auf Seite 31 der Vorlage. Ihr sei es wichtig, die Grüngürtel-Charta im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung planerisch zu sichern und eventuell auch in den Flächennutzungsplan einzuarbeiten.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob - ähnlich wie bei den Regionale-Projekten - frühzeitig Masterplan-Projekte überlegt und beschlossen sowie in die interkommunale Zusammenarbeit eingebracht werden müssten, um Fördermöglichkeiten zu sichern.

Herr Klostermann antwortet, dass einerseits die Verwaltung selbst die genannten Leitziele in die Bauleitplanung einbeziehen könne. Andererseits sei ein neues, an den Regionale-Prozess anschließendes EFRE-Programm für einen Zeitraum von 2014 bis 2020 abschließend in der Diskussion, das ggf. eine Chance für die Kommunen darstelle, aufgrund ihrer in den letzten Jahren gefundenen Zusammenarbeit neue gemeinsame Projekte zu formulieren. Entsprechende Förderanträge seien für 2015 vorgesehen.

Herr Zalfen begrüßt es, weitere Fördermittel für Bergisch Gladbach anzuvisieren.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden – dem Vorschlag der Verwaltung folgenden – **Beschluss**:

Die Ziele und Leitlinien des Masterplans Grün 3.0 sollen von der Verwaltung berücksichtigt werden.

**10. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
Bericht über die Mittelverwendung 2013
0086/2014**

Herr Buhleier bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage und weist besonders darauf hin, dass wegen der Beschlussfassung im Juni letzten Jahres nicht alle Mittel für 2013 verausgabt werden konnten. Der kommende Bericht werde aufschlussreicher sein. Mit der Kölner Initiative 180°-Wende, die sich im ASSG und im JHA vorgestellt habe und sehr wohlwollend wahrgenommen worden sei, gebe es Gespräche mit dem Ziel, ein ehrenamtliches Projekt für einen Bergisch Gladbacher Stadtteil auf den Weg zu bringen. Im Bereich Stadtteilmanagement habe der zuständige Kollege Tillmann in den vergangenen Jahren bereits sehr intensive Aufbauarbeit betrieben.

Frau Schundau begrüßt die Zusammenarbeit mit der Initiative 180°-Wende. Auf ihre Nachfrage, ob die in 2013 nicht verausgabten Mittel auf dieses Jahr übertragen würden, antwortet Herr Buhleier, eine Übertagung sei aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich.

Herr Tschorny äußert seinen Eindruck, dass mit dem beschlossenen Betrag in Höhe von 60.000 € gute Arbeit geleistet worden sei, auch wenn das Verfahren nicht den ursprünglichen Wünschen seiner Fraktion entspreche. Herr Tschorny fragt nach der Verwendung des in 2013 nicht verbrauchten Betrages sowie nach der Art der auf Seite 34 der Vorlage genannten größeren Wirkung vermehrter Angebote sowie der auf Seite 36 genannten Ziele in der Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund.

Herr Kuhlen bittet darum, die Powerpoint-Präsentation zu TOP 11 abzuwarten, die einiges kläre. Gerne werde er weitere Fragen beantworten.

Herr Buhleier merkt an, bezüglich der Messbarkeit der Ziele und Wirkungen der Projekte sei ein Raster erarbeitet worden, das im kommenden Bericht vorgestellt werden könne.

Herr Kockmann regt an, langfristiger an die Aufgaben heranzugehen und damit die vollständige Verwendung der beschlossenen Mittel sicherzustellen.

Herr Dr. Bernhauser hält die in der zweiten Jahreshälfte 2013 umgesetzten Projekte nebst dafür verausgabter Mittel für ganz eindrucksvoll. Es habe aus seiner Sicht keinen Zweck, Projekte zu forcieren. Er begrüßt die Zusammenarbeit mit erfahrenen und bewährten Trägern. Im laufenden Jahr erwarte er, dass der bereitgestellte Betrag vollständig verausgabt werde.

Frau Schöttler-Fuchs regt den Versuch an, mit den Projekten auch Kinder zu erreichen, die beispielsweise wegen der Betreuung von Geschwistern oder eines erkrankten Elternteils nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben teilhaben könnten. Herr Dr. Bernhauser begrüßt diese Anregung.

Herr Kuhlen stellt die „Verwendung und Wirkung der verausgabten Mittel im Rahmen des Härtefallfonds des Deutschen Kinderschutzbundes Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.“ auf der Grundlage der als *Anlage* beigefügten Präsentation dar.

Zur Anfrage von Herrn Kockmann bezüglich der unvollständigen Mittelverwendung in 2013 berichtet Herr Kuhlen, es seien 7.804 € der für das Projekt bewilligten 30.000 € im Zeitraum von September bis Dezember 2013 ausgegeben worden. Dies entspreche einer verhältnismäßig passgenauen Verwendung, die zur Umsetzung von 70 Anfragen geführt habe.

Herr Kuhlen erläutert ausführlich die unter Punkt „Über ehrenamtlich Tätige erbrachte Arbeitsstunden für den Härtefallfond“ aufgeführten umfangreichen Leistungen und dankt dem

ehrenamtlich arbeitenden Team des Kinderschutzbundes für seine intensive, engagierte und umfangreiche Arbeit.

Herr Kuhlen weist mit Blick auf den folgenden Tagesordnungspunkt darauf hin, dass der Kinderschutzbund Porto-, Drucker-, Briefmarken-, Telefon-, Faxkosten usw. aus eigenen Mitteln bezahlt habe. Dafür gebühre dem Kinderschutzbund nach seiner Auffassung großer Dank.

Frau Holtzmann dankt Herrn Kuhlen für den Vortrag.

Herr Dr. Bernhauser drückt seine Ambivalenz hinsichtlich des Berichtes des Kinderschutzbundes aus. Vor dem Hintergrund der dort genutzten Infrastruktur sei ein Verwaltungsaufwand von 4-5 Stunden pro Fall seiner Auffassung nach mit unbürokratischer Hilfe nicht ganz vereinbar. Der Sinn der Zwischenberichte sei eine Art Monitoring, die ein Nachjustieren ermöglichen müsse, wie beispielsweise die von Frau Schöttler-Fuchs angeregte Berücksichtigung anderer Zielgruppen. Er schlägt einen weiteren Bürokratieabbau vor. Herr Dr. Bernhauser begrüßt andererseits den Schwerpunkt „Aufstockung von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets“ sowie den Kinderschutzbund als ausführende Einrichtung.

Frau Schöttler-Fuchs sieht einen Verwaltungsaufwand von 5 Stunden pro Fall für völlig gerechtfertigt angesichts der von Herrn Kuhlen aufgezeigten vielfältigen Aufgaben, die von ehrenamtlichen Kräften geleistet würden. Sie stellt die Komplexität der Fälle vor dem Hintergrund eigener beruflicher Erfahrungen dar.

Herr Kuhlen stellt noch einmal die aus seiner Erfahrung in der täglichen Zusammenarbeit sehr unbürokratisch verlaufende Arbeit des Kinderschutzbundes dar.

Herr Zalfen hält einen Verwaltungsaufwand mit einem Kostenanteil von geschätzten 50 % pro Fall in einer gemeinnützigen Organisation ebenfalls für zu hoch, sieht andererseits durchaus übliche und überwindbare Anfangsprobleme eines solchen Projektes.

Herr Zalfen regt an, auch Kontakte zwischen Fördervereinen und Schulpflegschaften und dem Kinderschutzbund herzustellen und auf das Projekt aufmerksam zu machen.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, es müsse ein Weg gefunden werden, den Kinderschutzbund entsprechend zu unterstützen. Er nennt als Möglichkeiten Selbsterklärungen der Eltern oder die Vorlage einer Bescheinigung des Jobcenters über die Mittelbeantragung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Frau Schundau geht es ebenfalls darum, die Nebenkosten so gering wie möglich zu halten. Sie unterstützt den von Herrn Zalfen angesprochenen Weg über die Schulen.

Frau Schundau bittet die Verwaltung um Auskunft, ob es für die Nebenkosten des Projektes eine Finanzierungsmöglichkeit im städtischen Haushalt gebe.

Herr Mumdey kündigt die Prüfung dieser Frage an.

11. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe Erstattung von Personal- und Sachkosten aus dem Härtefallfonds für den Deutschen Kinderschutzbund

0087/2014

Herr Gerhards bezieht sich auf Frau Schundaus Prüfauftrag und erinnert an den interfraktionellen Arbeitskreis, dem die vollständige Zurverfügungstellung der Mittel wichtig gewesen sei. Ein Verwaltungsaufwand in der angezeigten Größenordnung sei nicht tragbar.

Herr Dr. Bernhauser und Herr Zalfen beziehen sich auf ihre vorausgegangenen Beiträge unter TOP 10.

Herr Dr. Bernhauser schlägt eine Vertagung vor, die in den Fraktionen diskutiert wird.

Die Vorsitzende liest noch einmal den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor.

Herr Mumdey bestätigt, dass die bewilligten Mittel in Höhe von 30.000 € für die bedürftigen Menschen zur Verfügung stehen und verausgabt werden dürfen. Es gehe aber hier um die Frage, welcher Betrag an Verwaltungskosten aufgewandt werden dürfe.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Deutsche Kinderschutzbund, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis, ist berechtigt, monatlich 70 Euro für Sachkosten zur Bewirtschaftung aus den ihm zur Verfügung gestellten 30.000 Euro des Härtefallfonds zu entnehmen.

Darüber hinaus beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden **Prüfauftrag** an die Verwaltung:

Können die Personal- und Sachkosten des Deutschen Kinderschutzbundes, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis, für die Verwaltung des Härtefallfonds aus Mitteln des städtischen Haushalts finanziert werden?

12. Jahresbericht 2013 der GL Service gGmbH
0145/2014

Auf Nachfrage von Herrn Tschorny führt Herr Kuhlen aus, die Bilanzerstellung des Jahres 2012 sei zurzeit in Arbeit und werde in den nächsten Wochen abgeschlossen. Das Ergebnis werde im nächsten Jahresbericht vorgelegt. Es sei mit einer schwarzen Null und damit gegenüber dem Jahr 2011 mit einer deutlich positiveren finanziellen Entwicklung zu rechnen.

13. Umsetzung des "Aktionsplans Inklusion": Maßnahmen im Jahr 2014
0084/2014

Herr Buhleier stellt die verschiedenen Aspekte der Vorlage kurz dar. Zum Thema Barrierefreiheit kommt er auf die Anfrage von Herr Dr. Bernhauser unter TOP 7 zurück und weist noch einmal auf die Stadtteilbegehung von Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache hin. Es gebe die Möglichkeit, dass sich Mitglieder des Seniorenbeirates daran beteiligten.

Herr Dr. Bernhauser befürwortet den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Dr. Bernhauser bittet - ggf. schriftlich - um Beantwortung der Frage, wie teuer es sei, die städtische Internet-Seite barrierefrei bzw. barrierearm zu gestalten.

Die Vorsitzende schlägt die Beantwortung im Rahmen der Niederschrift vor.

Herr Buhleier antwortet, der Bereich Öffentlichkeitsarbeit, mit dem die Behindertenbeauftragte im Gespräch sei, könne die Anfrage sicher beantworten. Herr Buhleier kündigt an, die Anfrage nach

Rücksprache mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit möglichst mit der Niederschrift direkt zu beantworten.

(*Red. Anmerkung:* Antwort der Verwaltung: Es wird zurzeit überlegt, einen Neustart (Relaunch) der städtischen Internetseite durchzuführen und dabei Kriterien einer barrierearmen Bedienung zu berücksichtigen. Anregungen und Hinweise von Menschen mit Behinderung und der Behindertenbeauftragten werden dabei aufgegriffen.)

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden – dem Vorschlag der Verwaltung folgenden – **Beschluss**:

Der ASSG stimmt der Umsetzung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen zu.

**14. Beschäftigte mit Behinderung in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach
0085/2014**

Es gibt keine Nachfragen. Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

15. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Schöttler-Fuchs bittet um Informationen zum diesjährigen Frauentag in der Villa Zanders. Frau Fahner berichtet, die Veranstaltung sei nicht nur wegen der hohen Anzahl an Gästen und des guten Gesprächsaustauschs ein voller Erfolg gewesen. Auch die zusätzliche Veranstaltung zum Frauentag am vergangenen Dienstag zum Thema „fair gehandelte Kleidung“ sei sehr gut besucht gewesen. Das Thema finde offensichtlich wegen seiner Aktualität sehr großes Interesse.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.